

Stadt Heidelberg

Federführung:

Dezernat I, Amt für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung

Beteiligung:

Betreff:

**Entwicklung eines transparenten
Verfahrens zur Standortsuche eines
Kongresszentrums Heidelberg unter
Beteiligung der Bürgerschaft**

Beschlussvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 16. Februar 2011

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Zustimmung zur Beschlussempfehlung:	Handzeichen:
Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss	19.01.2011	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Gemeinderat	10.02.2011	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss empfiehlt dem Gemeinderat folgenden Beschluss:

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt, Gespräche mit einer noch zu benennenden Bürgergruppierung zu führen, mit dem Ziel, die Rahmenbedingungen für einen Beteiligungsprozess der Bürgerschaft an der Standortsuche nach einem Kongressstandort Heidelberg zu entwickeln.*
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Entscheidungsvorschlag für die Durchführung des Verfahrens zur Findung eines neuen Standortes für ein Kongresshaus unter Beteiligung der Bürgerschaft und mit Steuerung durch die noch zu benennende Bürgergruppierung vorzulegen.*

Sitzung des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses vom 19.01.2011

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses vom 19.01.2011

8 Entwicklung eines transparenten Verfahrens zur Standortsuche eines Kongresszentrums Heidelberg unter Beteiligung der Bürgerschaft

Beschlussvorlage 0001/2011/BV

Herr Erster Bürgermeister Stadel führt in das Thema ein und erläutert den angestrebten Prozess. Er führt aus, dass das Verfahren der Standortsuche an die Bürgerschaft abgegeben werden solle. Die Verwaltung schlage zur Durchführung des Verfahrens die Bürgerstiftung Heidelberg vor. Sie solle diskutieren, in welcher Form die Standortsuche unter Einbindung der Bürgerinnen und Bürger erfolgen soll, welche Voraussetzungen und Rahmenbedingungen erforderlich sind. Danach werde der Verfahrensvorschlag in den Gemeinderat zur Entscheidung eingebracht. Parallel stelle die Verwaltung der Bürgerstiftung Unterlagen und Ergebnisse aus den bisherigen Prozessen zum Kongresszentrum zur Verfügung. Innerhalb der Verwaltung betreue das Amt für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung den Prozess.

Es melden sich zu Wort:

Frau Stadträtin Dr. Lorenz, Frau Stadträtin Dr. Meißner, Frau Stadträtin Dr. Greven-Aschoff, Frau Stadträtin Hommelhoff, Frau Stadträtin Spinnler, Herr Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz, Herr Stadtrat Dr. Loukopoulos, Herr Stadtrat Cofie-Nunoo

Folgende Punkte werden im Wesentlichen angesprochen:

- Für ein Kongresszentrum seien derzeit keine Mittel vorhanden. Das Projekt solle daher an Hotellerie und Universität als größte Interessenten übergeben werden.
- Eine von allen getragene Lösung sei erforderlich. Der Punkt solle daher vertagt werden, bis der Kreis der am Verfahren Beteiligten bekannt ist.
- Alle Fragen zum Kongresszentrum, insbesondere auch die der Notwendigkeit, der Finanzierung, des Standortes und der Trägerschaft müssen für das Verfahren offen bleiben.
- Der hier angestrebte Prozess der Bürgerbeteiligung zur Standortsuche eines Kongresszentrums parallel zum Prozess der allgemeinen Leitlinienentwicklung zur Bürgerbeteiligung wird problematisch gesehen. Die Verschränkung beider Prozesse solle ergänzend in den Beschlussvorschlag aufgenommen werden.
- Die Bürgerstiftung solle sich den Gemeinderäten vorstellen, da sie bisher weitgehend unbekannt, die Aufgabe hingegen sehr wichtig sei. Dies wurde von Herrn Erstem Bürgermeister Stadel zugesagt.
- Der Standort Stadthalle dürfe aufgrund des Bürgerentscheides mindestens 3 Jahre lang nicht betrachtet werden

Herr Jonas, Amt für Wirtschaftsförderung erklärt, in seinem Amt seien Ressourcen zur Betreuung des Projektes vorgesehen. Er betont, dass die Lösung von allen getragen werden müsse. Daher werde im Sommer ein konkreter Prozess vorgeschlagen und dem Gemeinderat zur Entscheidung vorgelegt. In der Prozessentwicklung fungiere sein Amt als Prozessverwalter, nicht als Lenker.

Die angesprochene Parallelität der Prozesse sei aus Verwaltungssicht möglich, da die Bürgerstiftung an beiden Prozessen beteiligt sei und sich die Prozesse sogar befruchten könnten. Der allgemeine Prozess müsse aber generell einen Schritt voraus sein. Herr Hahn (Amt für Stadtentwicklung und Statistik) betont, dass ein hohes Interesse an der Kompatibilität der Leitlinien mit konkreten Bürgerbeteiligungsprozessen bestehe und stellt kurz den Zeitplan für die Leitlinienentwicklung vor.

Über folgenden Vorschlag wird abgestimmt:

Ziffer 1 des Beschlussvorschlages der Verwaltung wird wie folgt ergänzt:

„Eine Verschränkung mit dem parallel laufenden Prozess der Entwicklung von Leitlinien für die Bürgerbeteiligung in Heidelberg ist herzustellen.“

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird mit Ziffer 3 wie folgt ergänzt:

„Die Verwaltung wird beauftragt, Gespräche mit der Bürgerstiftung zu führen. Die Bürgerstiftung stellt sich in einer der nächsten Ausschusssitzungen vor.“

Abstimmungsergebnis: beschlossen mit 7:1:3 Stimmen

Beschlussempfehlung des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses:

Der Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss empfiehlt dem Gemeinderat folgenden Beschluss:

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt, Gespräche mit einer noch zu benennenden Bürgergruppierung zu führen, mit dem Ziel, die Rahmenbedingungen für einen Beteiligungsprozess der Bürgerschaft an der Standortsuche nach einem Kongressstandort Heidelberg zu entwickeln. Eine Verschränkung mit dem parallel laufenden Prozess der Entwicklung von Leitlinien für die Bürgerbeteiligung in Heidelberg ist herzustellen.*
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Entscheidungsvorschlag für die Durchführung des Verfahrens zur Findung eines neuen Standortes für ein Kongresshaus unter Beteiligung der Bürgerschaft und mit Steuerung durch die noch zu benennende Bürgergruppierung vorzulegen.*
- 3. Die Verwaltung wird beauftragt, Gespräche mit der Bürgerstiftung zu führen. Die Bürgerstiftung stellt sich in einer der nächsten Ausschusssitzungen vor.*

gezeichnet
Bernd Stadel
Erster Bürgermeister

Ergebnis: Zustimmung zur Beschlussempfehlung mit Änderung/en

Sitzung des Gemeinderates vom 10.02.2011

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 10.02.2011:

17 Entwicklung eines transparenten Verfahrens zur Standortsuche eines Kongresszentrums Heidelberg unter Beteiligung der Bürgerschaft
Beschlussvorlage 0001/2011/BV

Oberbürgermeister Dr. Würzner berichtet, dass sich am 23.02.2011 im Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss Herr Dr. Steffen Sigmund, der Vorsitzende der Bürgerstiftung Heidelberg, vorstellen werde.

Er stellt die Beschlussempfehlung des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses zur Abstimmung:

Beschluss des Gemeinderates (Ergänzungen sind hervorgehoben):

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt, Gespräche mit einer noch zu benennenden Bürgergruppierung zu führen, mit dem Ziel, die Rahmenbedingungen für einen Beteiligungsprozess der Bürgerschaft an der Standortsuche nach einem Kongressstandort Heidelberg zu entwickeln. **Eine Verschränkung mit dem parallel laufenden Prozess der Entwicklung von Leitlinien für die Bürgerbeteiligung in Heidelberg ist herzustellen.***
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Entscheidungsvorschlag für die Durchführung des Verfahrens zur Findung eines neuen Standortes für ein Kongresshaus unter Beteiligung der Bürgerschaft und mit Steuerung durch die noch zu benennende Bürgergruppierung vorzulegen.*
- 3. **Die Verwaltung wird beauftragt, Gespräche mit der Bürgerstiftung zu führen. Die Bürgerstiftung stellt sich in einer der nächsten Ausschusssitzungen vor.***

gezeichnet

Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister

Ergebnis: mehrheitlich beschlossen
Enthaltung 3

A. Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
QU 3	+	Bürger/innenbeteiligung und Dialogkultur fördern.
QU 8	+	Kommunale Entwicklungszusammenarbeit unterstützen, globale Verantwortung leben. Begründung: Durch einen offenen und vertrauensvollen Prozess unter Einbeziehung der Bürgerschaft und Wirtschaft wird Stadtentwicklung in Heidelberg transparent und fördert den Dialog zwischen Stadtverwaltung, Politik und Öffentlichkeit.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

keine

B. Begründung:

Heidelberg braucht ein Kongresszentrum. In dieser Frage stimmen die seit 1989 durchgeführten Untersuchungen und Analysen überein. Der öffentliche Dialog im Sommer 2010 hat gezeigt, dass auch in der breiten Öffentlichkeit keine generelle Ablehnung eines neuen Kongressstandortes in Heidelberg besteht. Gleichzeitig wurde der Wunsch nach frühzeitiger Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Projekten der Stadtentwicklung deutlicher denn je.

Die Verwaltung hat das Ziel, einen Kongressstandort mit seinen notwendigen Rahmenbedingungen im Zuge eines transparenten Verfahrens unter intensiver Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger zu identifizieren. Die Voraussetzung dafür ist der offene und vertrauensvolle öffentliche Dialog von Beginn an. Die Verwaltung schlägt dazu ein zweistufiges Verfahren vor:

Verfahrensstufe I

Die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger Heidelbergs in die Entscheidungsfindung soll durch eine geeignete Bürgergruppierung selbst mitgesteuert werden. Die Bürgerinnen und Bürger nehmen damit nicht nur am Findungsprozess teil, sie beeinflussen auch die Art ihrer Projektbeteiligung und formulieren Rahmenbedingungen und Voraussetzungen des Beteiligungsprozesses. Eine Bürgergruppierung soll die Entwicklung, Steuerung und Durchführung der Bürgerbeteiligung koordinieren. Die Schnittstelle in der Stadtverwaltung wird im Amt für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung eingerichtet. Die Verwaltung führt dazu Gespräche mit einer noch zu benennenden Bürgervertretung.

Parallel arbeitet die Verwaltung die bisherigen Grundlagen und Erkenntnisse zum Kongress- und Tagungsstandort Heidelberg auf, um in Abstimmung mit dem zu beauftragenden Prozesssteuerer zu erarbeiten, welche Fakten als feststehende Voraussetzungen definiert werden, welche Erkenntnisse neu bzw. aktualisiert erarbeitet werden müssen und welche Fragestellungen in welchen Verfahrensschritten mit öffentlicher Beteiligung bearbeitet werden.

Im Frühjahr 2011 wird die Verwaltung dem Gemeinderat einen Verfahrensvorschlag zum Beschluss vorlegen, der die konkreten Bausteine des von Bürgerinnen und Bürgern entwickelten Beteiligungsprozesses und die Rahmenbedingungen für die Suche eines Kongressstandortes Heidelberg nach aktuellen Gesichtspunkten enthält sowie ein klares Projektmanagement mit Zeitbedarf beschreibt.

Verfahrensstufe II

Im Rahmen eines transparenten Prozesses unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft sowie wirtschaftsnaher Institutionen wird ein Kongressstandort Heidelberg identifiziert. Die Erkenntnisse und Rahmenbedingungen aus Stufe I sowie die Ergebnisse der politischen Beratung werden in diesen Prozess integriert. Die zu beauftragende Bürgergruppierung führt den Prozess der Bürgerbeteiligung bis zur Beschlussfassung durch den Rat der Stadt Heidelberg durch.

Wir bitten um Zustimmung.

gezeichnet

Dr. Eckart Würzner